

Sehr geehrte Damen und Herren der politischen Parteien,  
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Umwelt,  
Verbraucherschutz, Grün und Gruga,



wir wenden uns heute als VertreterInnen von Parents for Future Essen an Sie.

Wir gehören zu einer wachsenden Gruppe von Eltern und anderen erwachsenen Menschen, die sich in Essen sowie in ganz Deutschland und weltweit solidarisch zur Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) bekennen. Unser Ziel ist es, die jungen Menschen in ihren Forderungen nach einer konsequenten Klima- und Umweltschutzpolitik zu unterstützen.

In der Sitzung des Umweltausschusses am 12.03.2019 hat ein Vertreter der FFF Essen die Forderungen der Initiative den Mitgliedern des Umweltausschusses vorgetragen und Sie konnten sich mit den Forderungen der SchülerInnen bereits auseinandersetzen.

Wie FFF sind auch wir davon überzeugt, dass es einer politischen Grundlage für mehr effektiven Klimaschutz bedarf!

Eine dieser Grundlagen ist die Ausrufung des Klimanotstands, der bereits am 12.03.2019 von einem Mitglied der Parents for Future Essen gestellt und ausführlich begründet wurde (s. Anlage Bürgeranregung). Dieser Antrag zum Klimanotstand wurde bislang in keinem Ausschuss behandelt. Um die Wichtigkeit des Antrags zu unterstreichen, haben wir die Stadt Essen bereits mehrfach angeschrieben, den Klimanotstand vorrangig zu behandeln.

Unsere Forderungen werden auch in der erfolgreich in den Deutschen Bundestag eingereichten Petition der Parents for Future Deutschland dargelegt und die Notwendigkeit für einen Klimanotstand verdeutlicht (s. Anlage Petition).

In der letzten Ratssitzung der Stadt Essen haben nun auch die Fraktionen der Grünen und Die Linke die Ausrufung des Klimanotstands in Essen gemeinsam beantragt. Dieser Antrag soll am 02.07.2019 im Umweltausschuss beraten und am 10.07.2019 im Rat entschieden werden (s. Anlage Gem. Antrag).

Die Parents for Future Essen begrüßen diesen Antrag sehr und appellieren an Sie als Entscheidungsträger der übrigen politischen Parteien: Bitte schließen Sie sich an! Andere Kommunen haben bereits unter Beweis gestellt, dass bei diesem wichtigen Thema Parteigrenzen überschritten werden können, um zu tragfähigen, langfristigen Lösungen zu kommen. Die Bewältigung der Klimakrise ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und sollte keine Parteigrenzen kennen! (s. Anlage GroKo Hamm).

Warum ist die Ausrufung des Klimanotstands nicht nur als symbolischer Akt zu verstehen?

Die Anstrengungen zu einem wirksamen Klimaschutz müssen von den Protesten auf der Straße hin zu Ihnen, den politischen Entscheidungsträgern. Die langjährig erhobenen wissenschaftlichen Fakten müssen endlich auf der politischen Ebene zur Entscheidungsgrundlage werden

(<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>).

Erste konkrete Warnungen gab der Club of Rome bereits 1972!

Selbst höchste Gremien wie der UN-Klimarat kämpfen gegen Windmühlen, wenn der Klimanotstand nicht in jeder Stadt und Kommune weltweit ernst genommen wird. Er hat dazu einen fundierten Bericht für politische Entscheidungsträger veröffentlicht ([https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM\\_de\\_barrierefrei.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf)).

NRW hat bereits seit 2013 ein Klimaschutzgesetz und hat Städte und Kommunen dazu angehalten, ein Konzept zum Klimaschutz zu erarbeiten. Das hat die Stadt Essen auch mit dem Bilanzbericht zum „Integrierten Energie- und Klimakonzept“ getan. Die darin erwähnten Klimaschutzmaßnahmen dürfen allerdings nicht auf dem Status der Freiwilligkeit und der Anregungen verbleiben, sondern müssen in konkreten Pflichtmaßnahmen umgesetzt werden. Dazu würde die Ausrufung des Klimanotstands erheblich beitragen, da dann die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und die Vorgaben im Klimaschutzgesetz NRW oberste Priorität in unserer Stadt erlangen würden!

Durch die Anerkennung des Klimanotstands würde Essen als „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ eine Vorreiterrolle im Ruhrgebiet übernehmen!

Wenn Ihnen diese Fakten und Gründe nicht genug sind, ist das Ergebnis der Studie des Umweltbundesamtes zum Umweltbewusstsein in Deutschland von 2018 (also noch vor der FFF-Bewegung und vor der Europawahl) von entscheidender Bedeutung: Lediglich 3 % der Bevölkerung ist mit den politischen Entscheidungen zum Umwelt- und Klimaschutz zufrieden. 11% bewerteten die politischen Entscheidungen nur als „eher genug“, aber 85 % finden, die Politik tue „eher nichts“ oder „nichts“, um unseren Planeten lebenswert zu erhalten

([https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikation/n/ioew-umweltbewusstseinsstudie\\_2018.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikation/n/ioew-umweltbewusstseinsstudie_2018.pdf)).

Den Grundsätzen des Aktionsprogramm **Agenda 21** der Vereinten Nationen sehen sich viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verbunden. Wir möchten den Dialog mit den politischen EntscheidungsträgerInnen und der Verwaltung mit der Zielsetzung weiter intensivieren, um zu klaren Beschlüssen für eine „Lokale Agenda 21“ zu gelangen.

Abschließend möchten wir Sie noch einmal bitten, den Klimanotstand als ein notwendiges Instrument zu betrachten, welches ein Fundament legt, die Klimaschutzziele auch in unserer Stadt verbindlich, unaufschiebbar und überprüfbar werden zu lassen - mit dem uns allen gemeinsamen Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Mit klimafreundlichen Grüßen

Parents for Future Essen

[Parentsforfuture.essen@web.de](mailto:Parentsforfuture.essen@web.de)

Diese Ermütigung wird ebenfalls unterstützt von:



GREENPEACE ESSEN



Kreisgruppe Essen  
Kopstadtplatz 12  
45127 Essen

